

# Kärnten

## Gemeinsam stärker: Nur mit Pflichtmitgliedschaft

Immer wieder werden Stimmen für die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft laut. Doch was wäre, wenn die Mitgliedschaft in der Interessenvertretung freiwillig wäre? Es käme zur Abschaffung der Wirtschaftskammer, da sie in der jetzigen Form nicht mehr finanzierbar wäre.

### **Klein- und Mittelbetriebe haben keine durchschlagskräftige Interessenvertretung mehr.**

Einige mitgliederstarke Branchen gründen private Verbände. Diese sind jedoch reine Serviceorganisationen. Für die Tätigkeit der Interessenvertretung ist kein Geld vorhanden, da durch Trittbrettfahrer auf diesem Gebiet keine kostendeckende Finanzierung erzielbar ist.

### **Das starke Gegengewicht zu den Arbeitnehmern fällt weg.**

Die Minderheit von 500.000 Unternehmern steht 3,5 Millionen Arbeitnehmern mit einer starken Gewerkschaft gegenüber. Wirtschaftsfreundliche Forderungen können nicht effizient bekämpft werden.

### **Die Wirtschaft kann nicht mehr geschlossen auftreten.**

Die ohnedies kleine Gruppe der Unternehmer wird aufgerieben und zersplittert. Da die Unternehmer in der Massendemokratie zahlenmäßig in klarer Minderheit sind, setzen sich kaum Politiker für diese Kleingruppen ein.

### **Die Großen setzen sich auf Kosten der Kleinen durch.**

Die großen Betriebe bringen genügend Kapital auf, um eine schlagkräftige Interessenvertretung zu organisieren. Sie haben genügend Geld, um die für das Lobbying notwendigen Experten zu bezahlen.

### **Auskünfte und Informationen für den betrieblichen Alltag verteuern sich für den einzelnen Betrieb um ein Vielfaches.**

Hauptfinanziers der derzeitigen Serviceleistungen der Wirtschaftskammer sind die Großen. Die Beiträge der Mitglieder bei den Privatverbänden wären ohne diese Solidaritätsleistung der Großen zwangsläufig höher.

### **Für Kleinunternehmen gibt es überhaupt keine Anlaufstellen mehr.**

Denn diese sind ohne externe Hilfe überhaupt nicht in der Lage, einen eigenen Verband zu gründen.

ZAHL DER WOCHE

# 500.000

Unternehmerinnen und Unternehmer werden österreichweit von der Wirtschaftskammerorganisation vertreten. Ihre Zahl wächst ständig an: So ist die Anzahl der Mitglieder in den vergangenen zehn Jahren um rund 38 Prozent gestiegen.

**Die Unternehmer verlieren ihre Mitsprache bei den Gesetzen.**

Für unzählige zersplitterte Privatverbände ist ein Mitspracherecht bei den Gesetzen undenkbar.

**Der Interessenausgleich wird den Unternehmern entzogen und verstaatlicht.**

Jetzt wird die Entscheidung, was für die Wirtschaft gut oder schlecht ist (Interessenausgleich), von den Unternehmern getroffen. Bei Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft wird die Entscheidung von Beamten und Politikern getroffen, die meistens von Wirtschaft nichts verstehen.

**Das Lehrlingswesen, die Außenwirtschaftscenter und die Unternehmerprüfung werden verstaatlicht.**

Jetzt sind diese Aufgaben vom Staat an die Wirtschaftskammer übertragen und stehen in direktem Einfluss der Unternehmer.

**Aus- und Weiterbildung in Gefahr.**

Vom Silicon-WIFI bis zum Test- und Ausbildungszentrum: Investitionen wie diese sind nur durch eine Kammer als Solidargemeinschaft möglich.

